

## **Amtsgericht Hamburg**

**Im Namen des Volkes**

### **Urteil**

In dem Rechtsstreit

**Datenschutzverein NORD e.V., vertreten durch den Vorsitzenden Dr. Jens Holm**

Eppendorfer Landstrasse 88 in 20249 Hamburg

- Klaegerin -

Prozessbevollmaechtigte: Rechtsanwaeltin Dr. Mareike Wendt, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg

gegen

**Lir Optics Ltd., gesetzlich vertreten durch den CEO Sean Murphy**

Galway Technology Park in H91 X7P2 Galway, Irland

- Beklagte -

Prozessbevollmaechtigte: Rechtsanwalt Markus Rieder, Theatinerstrasse 42, 80333 Muenchen

hat das Amtsgericht Hamburg durch die Richterinnen am Amtsgericht Dr. Beispiel auf die muendliche Verhandlung vom 15. Mai 2026 fuer Recht erkannt:

1. Die Beklagte wird verurteilt, an die Klaegerin 1197 EUR nebst Zinsen in Hoehe von neun Prozentpunkten ueber dem Basiszinssatz seit dem 6. Maerz 2026 zu zahlen, Zug um Zug gegen Rueckgabe der Datenbrille Solis Vision X mit der Geraeteseriennummer LO-SVX-2025-44712.
2. Die Beklagte wird verurteilt, an die Klaegerin weitere 380 EUR nebst Zinsen in Hoehe von neun Prozentpunkten ueber dem Basiszinssatz seit dem 27. Februar 2026 zu zahlen.
3. Es wird festgestellt, dass sich die Beklagte mit der Annahme der Datenbrille Solis Vision X seit dem 6. Maerz 2026 in Annahmeverzug befindet.
4. Die Beklagte traegt die Kosten des Rechtsstreits.
5. Das Urteil ist vorlaeufig vollstreckbar. Die Beklagte darf die Vollstreckung durch Sicherheitsleistung in Hoehe von 110 Prozent des aus dem Urteil vollstreckbaren Betrages abwenden, wenn nicht die Klaegerin vor der Vollstreckung Sicherheit in gleicher Hoehe leistet.

## Tatbestand

Die Parteien streiten ueber die Rueckabwicklung eines Kaufvertrags ueber eine Datenbrille der Bauart Solis Vision X.

Die Klaegerin, ein im Vereinsregister beim Amtsgericht Hamburg unter VR 12345 eingetragener Verein zur Foerderung des Datenschutzes, bestellte am 12. Februar 2026 im Onlineshop der Beklagten unter solis-vision.example eine Datenbrille Solis Vision X mit der Geraeteseriennummer LO-SVX-2025-44712 zum Preis von 1197 EUR. Die Beklagte ist eine Gesellschaft irischen Rechts mit Sitz in Galway und Herstellerin der Brille. Die Lieferung erfolgte vom 17. bis 19. Februar 2026 per Kurier von Galway nach Hamburg auf Grundlage einer Auftragsbestaetigung mit dem Vermerk **FOB Galway, Incoterms 2020**.

In der Bestelloberflaeche der Klaegerin war ein Verweis auf deren Allgemeine Geschaeftsbedingungen (Anlage K 1) hinterlegt. In Ziffer 13 sehen diese deutsches Recht unter Einschluss des UN-Kaufrechts vor, in Ziffer 14 den Gerichtsstand Hamburg.

In der Auftragsbestaetigung der Beklagten verwies diese auf ihre eigenen Allgemeinen Geschaeftsbedingungen (Anlage B 1). In Ziffer 17.1 sehen diese schweizerisches Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts vor, in Ziffer 18.1 den ausschliesslichen Gerichtsstand Zuerich.

Nach Erhalt der Brille gab die Klaegerin am 22. Februar 2026 ein Sachverstaendigengutachten bei dem oeffentlich bestellten und vereidigten Sachverstaendigen Dipl.-Ing. Tobias Reiff in Auftrag (Anlage K 4). Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass die Brille bei Inbetriebnahme im Werkzustand ohne Nutzeraktivitaet einen Buffer-Modus mit 60-Sekunden-Ringspeicher startet, dass eine LED-Aufzeichnungsanzeige fehlt, dass im Hintergrund eine Echtzeit-Gesichtserkennung auf Basis oeffentlicher Datenbanken laeuft und dass Datentransfers in die USA und nach Singapur ohne Standardvertragsklauseln stattfinden. Die Kosten des Gutachtens betragen 380 EUR.

Mit anwaltlichem Schreiben vom 23. Februar 2026 (Anlage K 6) erklarte die Klaegerin gegenueber der Beklagten die Vertragsaufhebung wegen wesentlicher Vertragsverletzung und forderte sie zur Rueckzahlung von 1577 EUR unter Fristsetzung zum 5. Maerz 2026 auf. Die Beklagte lehnte mit Schreiben vom 25. Februar 2026 (Anlage K 7) ab.

Die Klaegerin behauptet, die im Gutachten festgestellten Funktionen seien Werkszustand. Sie meint, das Amtsgericht Hamburg sei zustaendig, weil die kollidierenden AGB-Gerichtsstandsklauseln nach der Knock-out-Doktrin wegfielen und sich die internationale wie oertliche Zustaendigkeit aus Artikel 7 Nummer 1 b EuGVVO (Erfuellungsort Hamburg) ergebe. Anwendbar sei das UN-Kaufrecht, weil die kollidierenden Rechtswahlklauseln gleichfalls wegfielen und Irland Vertragsstaat sei. Die Brille sei nach Artikel 35 Absatz 2 a und b CISG mangelhaft, weil sie in ihrem Werkszustand zwingend gegen Artikel 6 und Artikel 9 DSGVO sowie Paragraf 201a StGB verstosse. Zudem fuehre Artikel 9 Rom-I dazu, dass die DSGVO als Eingriffsnorm Anwendung finde.

Die Klaegerin beantragt,

1. die Beklagte zu verurteilen, an sie 1197 EUR nebst Zinsen in Hoehe von neun Prozentpunkten ueber dem Basiszinssatz seit 26. Februar 2026 Zug um Zug gegen Rueckgabe der Datenbrille Solis Vision X mit der Geraeteseriennummer LO-SVX-2025-44712 zu zahlen,
2. die Beklagte zu verurteilen, an die Klaegerin weitere 380 EUR nebst Zinsen in Hoehe von neun Prozentpunkten ueber dem Basiszinssatz seit Rechtshaengigkeit zu zahlen,
3. festzustellen, dass sich die Beklagte mit der Annahme der Brille gemaess Antrag zu 1 in Annahmeverzug befindet.

Die Beklagte beantragt, die Klage abzuweisen.

Die Beklagte ruegt die Zustaendigkeit des Amtsgerichts Hamburg, weil nach Ziffer 18.1 ihrer AGB ausschliesslicher Gerichtsstand Zuerich sei. Sie meint, die AGB der Klaegerin seien nicht wirksam einbezogen worden. Anwendbar sei schweizerisches Recht unter Ausschluss des CISG. Die Brille sei technisch einwandfrei. Eine datenschutzrechtliche Beurteilung sei nicht Bestandteil des Vertrags. Die Aufzeichnungsfunktion sei zudem standardmaessig deaktiviert. Mit FOB Galway sei der Gefahruebergang bereits am 17. Februar 2026 erfolgt; Mangel-Risiko habe die Klaegerin zu tragen.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf die gewechselten Schriftsaetze nebst Anlagen sowie auf das Protokoll der muendlichen Verhandlung vom 15. Mai 2026 Bezug genommen.

Das Gericht hat Beweis erhoben durch Vernehmung des Sachverstaendigen Dipl.-Ing. Tobias Reiff im Termin vom 15. Mai 2026 und durch ein schriftliches Ergaenzungsgutachten vom 18. Mai 2026.

## **Entscheidungsgruende**

Die Klage ist zulaessig und im Wesentlichen begruendet.

## **A. Zulaessigkeit**

### **I. Internationale und oertliche Zustaendigkeit**

Das Amtsgericht Hamburg ist international und oertlich zustandig nach Artikel 7 Nummer 1 b der Verordnung (EU) Nummer 1215/2012 (EuGVVO). Erfuellungsort der Lieferung im Sinne der Vorschrift ist der Ort, an dem die Sache nach dem Vertrag geliefert worden ist, hier Hamburg.

Auf die Gerichtsstandsvereinbarung in Ziffer 18.1 der AGB der Beklagten kommt es nicht an. Diese ist nicht wirksam zustande gekommen, weil die widerstreitenden AGB der Klaegerin und der Beklagten kollidieren. Nach gefestigter hoechstrichterlicher Rechtsprechung gilt im Fall der Kollision von einander widersprechenden Geschaeftsbedingungen die Knock-out-Doktrin: Soweit die Bedingungen sich widersprechen, fallen die kollidierenden Klauseln aus dem Vertrag heraus; an ihre Stelle treten die gesetzlichen Vorschriften.

### **II. Sachliche Zustandigkeit**

Das Amtsgericht ist nach Paragraph 23 Nummer 1 GVG sachlich zustandig, weil der Streitwert mit 1577 EUR unter der Wertgrenze von 5000 EUR liegt.

### **III. Parteifaehigkeit**

Die Klaegerin ist als eingetragener Verein nach Paragraph 50 Absatz 1 ZPO parteifaehig und nach Paragraph 79 Absatz 1 BDSG sowie Paragraph 8 Absatz 3 Nummer 4 UWG klagebefugt.

## **B. Begruendetheit**

### **I. Anwendbares Recht**

Anwendbar ist das **UN-Kaufrecht** (CISG). Sowohl Deutschland (Inkrafttreten 1. Januar 1991) als auch Irland (Inkrafttreten 1. Januar 2026 nach langer Verzoegerung; hilfsweise direkt nach Artikel 1 Absatz 1 b CISG ueber das IPR der Schweiz beziehungsweise Deutschlands, weil beide Staaten Vertragsstaaten sind) sind CISG-Vertragsstaaten.

Ein Ausschluss des CISG nach Artikel 6 CISG ist nicht wirksam erfolgt. Auch hier greift die Knock-out-Doktrin: Die Rechtswahlklausel in Ziffer 13 der AGB der Klaegerin (deutsches Recht **mit** CISG) und Ziffer 17.1 der AGB der Beklagten (schweizerisches Recht **ohne** CISG) widersprechen sich, was den Ausschluss betrifft. Damit gilt die gesetzliche Anordnung, also Artikel 1 Absatz 1 CISG.

Soweit zwingende DSGVO-Bestimmungen in Rede stehen, fanden diese ohnehin unabhaengig von der vertraglichen Rechtswahl Anwendung. Die DSGVO ist nach Artikel 9 Rom-I sowie nach ihrem eigenen Marktortprinzip in Artikel 3 Absatz 2 DSGVO international anwendbar.

### **II. Aufhebungsanspruch nach Artikel 49 Absatz 1 a CISG**

Die Klaegerin kann den Vertrag aufheben und nach Artikel 81 Absatz 2 CISG den Kaufpreis Zug um Zug gegen Rueckgabe der Brille zurueckverlangen.

**1. Sachmangel nach Artikel 35 CISG.** Die Brille entspricht nicht dem Vertrag im Sinne von Artikel 35 Absatz 1 CISG.

Die Brille ist nicht fuer die Zwecke geeignet, fuer die Ware der gleichen Art gewoehnlich gebraucht wird (Artikel 35 Absatz 2 a CISG). Eine Augmented-Reality-Brille wird typischerweise in der Oeffentlichkeit getragen. Eine Brille, deren Werkszustand zur heimlichen Aufzeichnung Dritter (60-Sekunden-Ringspeicher ohne LED-Anzeige) fuehrt, kann nicht bestimmungsgemaess in der Oeffentlichkeit getragen werden, ohne dass der Traeger zwingend gegen Artikel 6 DSGVO und Paragraph 201a StGB verstoesst. Es liegt also nicht nur ein einzelner Nutzungsfehler vor, sondern eine bauartbedingte Inkompatibilitaet mit der gewoehnlichen Verwendung am Markt EU.

Die Brille ist auch fuer den besonderen Zweck der Klaegerin ungeeignet (Artikel 35 Absatz 2 b CISG). Die Klaegerin ist ein Datenschutzverein. Ihre erkennbar besondere Erwartung, eine datenschutzkonforme Augmented-Reality-Brille zu erwerben, hat die Beklagte ueber den Bestellvorgang (E-Mail-Domain, Lieferadresse, Vereinsname) zur Kenntnis nehmen muessen.

Eine Auseinandersetzung mit der Frage, ob die Brille technisch funktioniere (8K-Aufloesung, Akkulaufzeit), aendert daran nichts. Vertragsmaessigkeit nach Artikel 35 CISG erfasst nicht nur die rein technische Funktionsfaehigkeit, sondern die Eignung fuer den im Verkehr ueblichen Gebrauch. Eine in der EU faktisch nicht verwendbare Brille ist nicht vertragsmaessig.

**2. Mangel bestand bei Gefahruebergang.** Der Sachmangel besteht in der Software- und Hardwarekonfiguration im Werkszustand. Diese war ausweislich des unbestrittenen Gutachtens schon zur Zeit der Auslieferung in Galway vorhanden. Damit haftet die Beklagte nach Artikel 36 Absatz 1 CISG auch nach FOB-Gefahruebergang. Auf Artikel 67 CISG kann sich die Beklagte daher nicht entlastend berufen.

**3. Wesentliche Vertragsverletzung, Artikel 25 CISG.** Die DSGVO-Widrigkeit ist ein wesentlicher Vertragsverstoss. Der Klaegerin geht damit der wesentliche Vorteil des Vertrags, naemlich die rechtmassige Verwendung der Brille im Alltag, verloren. Die Beklagte hat einen solchen Verstoss als professionelle Anbieterin von AR-Geraeten im EU-Markt voraussehen muessen.

**4. Aufhebungserklaerung.** Die Klaegerin hat den Vertrag mit Schreiben vom 23. Februar 2026 (Anlage K 6) wirksam aufgehoben, Artikel 26 CISG.

**5. Rueckabwicklung.** Nach Artikel 81 Absatz 2 CISG kann die Klaegerin den Kaufpreis zurueckverlangen Zug um Zug gegen Rueckgabe der Brille. Der Antrag zu 1 ist daher in Hoehe von 1197 EUR begruendet.

### **III. Gutachterkosten als Schadensersatz, Artikel 74 CISG**

Die Klaegerin kann nach Artikel 74 CISG die Kosten des Sachverstaendigengutachtens in Hoehe von 380 EUR als Folgeschaden ersetzt verlangen. Die Kosten waren zur Klaerung des Mangels objektiv erforderlich; ein Privatgutachten ist regelmassig im Vorfeld einer Aufhebungserklaerung erstattungsfahig.

### **IV. Annahmeverzug**

Die Beklagte hat mit Schreiben vom 25. Februar 2026 die Ruecknahme der Brille endgueltig verweigert. Damit ist sie nach Artikel 81 CISG in Verbindung mit den allgemeinen schuldrechtlichen

Grundsätzen in Annahmeverzug geraten, jedenfalls seit dem 6. März 2026 (Ablauf der Fristsetzung). Das Feststellungsinteresse folgt aus dem Bedarf an Klarheit für die Zwangsvollstreckung.

## **V. Zinsen**

Der Zinsanspruch folgt aus Paragraph 286 Absatz 1, Paragraph 288 Absatz 2 BGB in Verbindung mit Artikel 78 CISG. Verzugseintritt zum 6. März 2026 (nach Ablauf der Fristsetzung); Verzinsung mit neun Prozentpunkten über dem Basiszinssatz, da auf Klägerseite ein Verein und auf Beklagtenseite ein Unternehmer steht.

Hinsichtlich der Gutachterkosten besteht ein Anspruch auf Prozesszinsen seit Rechtshängigkeit, Paragraph 291 BGB.

## **C. Nebenentscheidungen**

Die Kostenentscheidung folgt aus Paragraph 91 Absatz 1 ZPO. Die Beklagte unterliegt vollständig.

Die Entscheidung zur vorläufigen Vollstreckbarkeit beruht auf Paragraph 708 Nummer 11 ZPO in Verbindung mit Paragraph 711 ZPO.

## **Rechtsmittelbelehrung**

Gegen dieses Urteil ist die Berufung statthaft. Die Berufung ist binnen einer Frist von einem Monat nach Zustellung des vollständig abgefassten Urteils bei dem Landgericht Hamburg in 20355 Hamburg schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle einzulegen und binnen einer Frist von zwei Monaten nach Zustellung des vollständig abgefassten Urteils schriftlich zu begründen. Die Berufung ist nur statthaft, wenn der Wert der Beschwerde 600 EUR übersteigt oder die Berufung im Urteil zugelassen ist.

Vor dem Berufungsgericht besteht Anwaltszwang. Die Berufungsschrift und die Berufungsbegründungsschrift müssen von einer bei einem deutschen Gericht zugelassenen Rechtsanwältin oder einem Rechtsanwalt eingelegt und unterzeichnet werden.

---

Dr. Beispiel

*Richterin am Amtsgericht*